

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilung Nach dem Wilsdruff Nr. 6 und 7 ist die Ausgabe vom 1. März für den folgenden Tag. Derzeitige Preis für den Abnehmer monatlich 20,00, durch den Postbezugsdienst 22,00, auf dem Lande 24,00. Durch die Post bezogen werden 22,00. Mit Zustellungsgeld. Alle Postgebühren und Gebühren sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Steuern, Krieg oder sonstiger Verhältnisse hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises.



Interessentpreis Nr. 6 die 6 gebundene Ausgaben oder deren Raum, Anzeigen, die 2 halbes Monatspreis 20,00. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechend ermäßigter Preis. Bei Anzeigen im amtlichen Teil über den Preis der 2 gebundenen Ausgaben 20,00. Nachweisungs-Geld 20 Pf. Anzeigen im amtlichen Teil vom 1. März bis 31. März der durch Fernruf übermittelten Ausgaben überlassen wir ihre Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Verfasser in Rechtsweg geht.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Roffen.

Verleger und Drucker: Arthur J. Schanke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur J. Schanke, beide in Wilsdruff.

Nr. 107

Dienstag den 9. Mai 1922.

81. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Lloyd George drohte mit sofortiger Abreise von Genua, falls Frankreich und Belgien das Russen-Memorandum nicht unterzeichnen.
- Dr. Barth und Minister Rathenau haben eine neue Unterredung mit Lloyd George gehabt. Barthou ist wieder in Genua eingetroffen.
- Tschechinerin hat aus Moskau Vollmacht zu Sonderverhandlungen mit England erhalten. Ein Teil der russischen Delegation hat Genua verlassen.
- Barthou erklärte in einer Verbalnote an de Facta, daß Frankreich seine Unterschrift zu dem Russen-Memorandum so lange nicht gebe, als Belgien die seine verweigere.
- Die Anleiheverhandlungen werden auf Grund eines neuen englisch-italienischen Reparationsplanes verhältnismäßig günstig beurteilt.
- Der Reichstag wird am Mittwoch zu einer Vollversammlung zusammengetreten. Der preussische Landtag vertagte sich auf den 15. Mai.
- In München trat der Reichsverband der deutschen Presse zu seiner Jahreshauptversammlung zusammen, zu der der Reichspräsident ein Begrüßungstelegramm sandte.

Barthous neue Marschroute.

Barthou ist nach Genua zurückgekehrt und will sofort mit Lloyd George die Pläne, die in Paris entworfen wurden, besprechen, bevor Frankreich sich wieder in der Konferenz und in den Kommissionen blicken läßt. So wenig Frankreich von seiner bisherigen Politik abzugehen gedenkt, so sehr ist es doch bestrebt, einen offenen Zerfall der Entente zu vermeiden, und da Lloyd George Herrn Poincaré nur die Wahl zwischen dem Fortbestehen der Entente und einer neuen europäischen Konstellation lassen hat, so dürfte man wohl in Paris Bedenken bekommen haben, weiter auf der äußersten Linie mit Belgien allein zusammen zu marschieren. Die Unterredung Lloyd Georges mit den deutschen Delegationsführern und hinterher mit den Russen hat ihren Eindruck in Paris nicht verfehlt. Man braucht sich keinen Illusionen hinzugeben, daß Lloyd Georges Politik etwa darauf hinaus gehe, bereits jetzt eine engere Zusammenarbeit mit Deutschland und Rußland in die Wege zu leiten, aber er weiß ganz genau, daß er Frankreich durch keine andere Art dazu zwingen kann, seine äußerste Opposition aufzugeben.

Demerkenswert ist, daß Belgien in der Frage des russischen Memorandums bereits einzulenden beginnt, um Frankreich die Entscheidung darüber zu ersparen, ob es seine Unterschrift weiterhin verweigern soll. Das Memorandum an Rußland verlangt nur in allgemeinen Ausdrucksformen die Garantie für die Güter und Rechtsansprüche ausländischer Kapitalisten, nicht aber ihre tatsächliche Rückgabe. Daran hatte sich Belgien gestoßen, offensichtlich von Frankreich getrieben. Indessen steht die Entente in diesem Punkte den Russen nicht unverwundbar gegenüber. Die Sowjets könnten darauf hinweisen, daß die Entente selbst in viel schärferer Form Privatgut enteignet und gar nicht daran denkt, es tatsächlich zurückzugeben, sondern Deutschland zwingt, alle Entschädigungen für die Liquidationen während des Krieges seinen Staatsangehörigen zu bezahlen. Insofern ist also der Standpunkt der Russen durchaus nicht ohne innere Begründung, und seitdem England den Wobus der Entschädigung und nicht der Rückgabe anerkannt hat, hat es auch wenig zu bedeuten, daß das offizielle Amerika in diesem Punkte mit den Engländern nicht mitgeht.

Hier scheint nach der Rückkehr Barthous eine Änderung eintreten zu sein. Tatsächlich besteht gerade in dieser Frage für die Franzosen die Gefahr, vollständig isoliert zu bleiben, denn alle andern Mächte, die das Memorandum unterzeichnet haben, und die auch bereit sein dürften, auf dieser Grundlage im allgemeinen mit sich reden zu lassen, dürften ohne Zweifel mit den Russen zu einem Einvernehmen gelangen können, und in der Frage der russischen Vorkriegsschulden sind, da der größte Teil der russischen Staatspapiere sich in französischen Händen befindet, die übrigen Mächte weit weniger interessiert, so daß Frankreich von etwaigen Konzessionen auf diesem Gebiete für seine eigenen Kapitalisten die schwersten Gefahren zu erwarten hätte. Diese Gesichtspunkte scheinen das französische Kabinett dazu veranlaßt zu haben, nicht hartnäckig an der bisherigen chauvinistischen Politik festzuhalten und Barthou auf seinem Posten zu lassen. Die Unzufriedenheit war groß, sie hat sich indes in gelegentlicher und wenn auch Barthou für alle Fragen einen Koffer voll Instruktionen mitbekommen hat, so wird er vielleicht in Zukunft doch etwas freier entscheiden können als vorher.

Lloyd George hat bereits für die Rückkehr des französischen Delegationsführers eine Besprechung auch mit den Führern der deutschen Delegation vorbereitet. Es liegt vollständig im Dunkel, was damit beabsichtigt wird. Deutschland und Frankreich haben nur in einer Richtung ein annähernd gemeinsames Interesse, und das ist die Frage der internationalen Anleihe. Es steht so aus, als ob parallel zu den Pariser Verhandlungen, die Reichsminister Hermes führen wird, in Genua eine Fühlungnahme erfolgt, die teilweise auch die Probleme regelt, die nach dem 31. Mai zur Debatte stehen, und gegen deren

Erörterung die Franzosen vorher entscheidenden Widerstand geleistet haben. Keine Nation hat ein besonderes Interesse daran, die Konferenz vor Genua zum Scheitern zu bringen, und äußerst geschickt hat Lloyd George die Dinge immer darauf hinausgepielt, jedesmal denjenigen Staat als das schwarze Schaf zu brandmarken, der seinen Wünschen entgegenhandelte. Nachdem er jetzt ausdrücklich Frankreich vor die Wahl zwischen der Freundschaft Belgiens oder Großbritanniens gestellt hat, dürfte die entscheidende Schwendung (natürlich auf französischen Wunsch) bei Belgien liegen. Barthous neue Marschroute wird insofern doch wahrscheinlich dahin gehen, eine mit französischen Sonderwünschen belastete Einigkeit gegenüber einer freien Entscheidung der übrigen großen Konferenzmächte durchzuführen.

Eine 30-Milliarden-Anleihe?

Der englisch-italienische Reparationsplan. Trotz der zwischen Barthou und Lloyd George zu erwartenden scharfen Auseinandersetzungen in Genua, die den englischen Ministerpräsidenten schon vorher zu der Drohung veranlaßten, daß er sofort von Genua nach London abreisen werde, wenn Frankreich und Belgien das Russen-Memorandum nicht annehmen wollen, sieht man in Genua der weiteren politischen Entwicklung doch mit einer gewissen Ruhe und Sicherheit entgegen. Dazu trägt vor allem die Hoffnung bei, daß es gelingen wird, eine

Verständigung über den 31. Mai

herbeizuführen, und zwar vielleicht auf Grund eines englisch-italienischen Vorschlages. Dieser Plan will die deutsche Schuldsumme, die der 1. Januar 1922 auf 110 Milliarden beziffert wurde, in zwei Teile zerlegen. Für die ersten 65 Milliarden würde sich Deutschland zur Zahlung von Kapital und Zinsen nur in dem Fall zu verpflichten haben, wenn einer der alliierten Gläubiger die Zahlung seiner Kriegsschulden von einem alliierten Schuldner einfordern sollte. Die andern 45 Milliarden sollen in der Höhe von 5 Milliarden in eine englische Anleihe umgewandelt werden. Die übrigen 40 Milliarden sollen mit einem Zinsfuß von fünf Prozent in Raten von je sechs Monaten gezahlt werden. Inzwischen müßte für Deutschland eine internationale Anleihe von 30 Milliarden beschafft werden, während Deutschland sichere

Garantien für seine Verpflichtungen geben müßte. Diese würden umfassen den Ausgleich des Etats bis 1924, Stilllegung der Rentenpresse, Unabhängigkeit der Reichsbank und Festlegung des Kohlepreises auf drei Viertel des Weltmarktpreises.

Man nimmt in Genua an, daß es gelingen wird, mit der Reparationskommission über die Bedingungen des Moratoriums zu einer Verständigung zu gelangen, auch wenn die Ausschreibung neuer Steuern im Betrage von 60 Milliarden undurchführbar bleibt. Auch die Aussichten der Anleiheverhandlungen in Paris, die für die weitere Entwicklung ausschlaggebend sind, werden nicht ungünstig beurteilt, hat doch Lloyd George selbst nachdrücklich „Klugheit und Mäßigung“ bezüglich der am 31. Mai fälligen deutschen Verpflichtungen angeraten. Ob die Franzosen diesem Rat folgen werden, steht allerdings noch auf einem andern Blatt.

Rußlands Wiederaufbau.

Bericht eines deutschen Abgeordneten. Auf einem parlamentarischen Abend in Berlin sprach dieser Tage der kürzlich aus Rußland zurückgekehrte Reichstagsabgeordnete Dr. Hugo über die politischen und wirtschaftlichen Zustände Rußlands.

Die politische Energie der leitenden Männer, so sagte er, ist kaum zu übertreffen. Sie haben jeden Widerstand gegen ihr Regiment gebrochen und werden auch in Zukunft unter allen Umständen die Autorität des Staates aufrechterhalten. Die Bolschewisten haben sich die alte altrussische Parole zu eigen gemacht, daß „Der in ihren Dienst gestellt und weitgehende Anerkennung ihrer auswärtigen Politik auch über ihre eigenen Kreise hinaus gefunden“. Es ist auch durchaus keine Aussicht, daß irgend eine Bewegung die heutige Regierung stürzen könne. Dazu sind die Widerstände zu schwach und die Energie der Gewalt ist zu groß. Dagegen hat

auf wirtschaftlichem Gebiete die geschgebende Kraft des Kommunismus das Menschlich-mögliche geleistet. In Rußland kann man studieren, wie alles verfallt, wenn nichts erhalten wird, und wie jede Produktion absterbt, wenn man den Besitzer, der Werte schafft und erhält, aus seiner arbeitenden und leitenden Stellung verdrängt. Die Industrie ist zerstört, die Wohnungen zerstört, sogar die Landwirtschaft ist ruiniert. In dem Lande, dessen Landwirtschaft sonst eine gewaltige Ausfuhr leistete, herrschen Millionen an Hunger. Die Eisenbahn ist auf einem ungläublichen Tiefstand angelangt. Rußland braucht eine große Kapital-Investierung, dann aber auch eine leistungsfähige Organisationsleistung, denn die politischen Widernisse haben sich schlecht bewährt. Die

Wiederaufrichtung Rußlands ist vom großen Werte für die Wiederherstellung des Gleichgewichts der Welt. Die deutsche Wirtschaft muß an dem Werke energisch Anteil nehmen, Persönlichkeiten stellen, besondere Aufgaben übernehmen usw.

Eine russische Stimme.

Gleichzeitig hat der russische Delegierte Katsowski, der an der Konferenz von Genua teilnimmt, eine Denkschrift für die Finanzkommission fertiggestellt, worin er dieselben Gedankengänge verfolgt. Im Vergleich zu der gewaltigen Aufgabe der Wiederherstellung der Landwirtschaft in Rußland seien die Hilfsmittel unzureichend. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit, vom Ausland Kredite zu erhalten. Die unumgänglich notwendige Summe betrage 3 Milliarden Goldrubel, die in drei bis fünf Jahren in der Landwirtschaft angelegt werden müßten. In den letzten vier Jahren seien 4000 Kilometer Eisenbahnen gebaut worden. Die Abteilung für Flußschifffahrt habe im Jahre 1921 große Ausbaggerungsarbeiten ausgeführt und die Abteilung für Seeschifffahrt bedeutende Bauten in den Häfen. Schätzungsweise werden für alles dieses 5 Milliarden Goldrubel nötig sein, wovon die Hälfte vom Ausland geliefert werden müsse.

Der Streit über die Getreideumlage.

Brotpreis und landwirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

Von einem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter wird uns über die Gründe, die von landwirtschaftlicher Seite gegen die Getreideumlage eingewendet werden, folgendes geschrieben:

Wie im vorigen Frühjahr, so ist auch jetzt wieder ein heftiger Kampf um die Getreideumlage entbrannt, bei dem leider in vielen Fällen der Boden der Sachlichkeit verlassen wird und parteipolitische Beweggründe ausschlaggebend geworden sind. Sachlich ist zunächst festzustellen, daß die deutsche Landwirtschaft im laufenden Wirtschaftsjahr die ihr durch Gesetz auferlegte Getreideumlage nach Angabe der Regierungswahlstellen zur vollen Zufriedenheit erfüllt hat, obwohl sie mit großen Härten für viele Landwirte verbunden war, weil ja die Bestimmungen nicht auf alle Sonderfälle Rücksicht nehmen konnten. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß die Landwirtschaft für das umlagefreie Getreide nur zum geringen Teil die hohen Getreidepreise bekommen hat, die jetzt im freien Verkehr zwischen Getreidehändlern und Konsumenten gehandelt werden; sie muß nämlich den größten Teil ihrer pflanzlichen Erzeugnisse alljährlich bereits im Herbst verkaufen, um rechtzeitig wieder Geld für den Bezug von Produktionsmitteln, insbesondere Kunstdünger, zu erhalten. Da auch der Preis für das umlagefreie Getreide, der bereits im vorigen Sommer festgesetzt war, nicht entsprechend der Geldentwertung erhöht wurde, so liegt klar auf der Hand, daß die Umlage die Kaufkraft des landwirtschaftlichen Betriebskapitals in volkswirtschaftlich bedenklicher Weise gemindert hat.

Insbondere wirkte dies nachteilig auf den Bezug von landwirtschaftlichen Produktionsmitteln, besonders von Kunstdünger. Weiter fällt ins Gewicht, daß die Kosten für die öffentliche Bewirtschaftung des Wardebrot stark verteuert. Zur Erläuterung sei auf die Bildung des Brotpreises in München hingewiesen; er setzte sich folgendermaßen zusammen:

	vor dem Kriege	März 1922
Landwirtschaft	60 %	27 %
Müllerei	10 %	3 %
Bäcker- und Spesen	20 %	29 %
Verwirtschaftung durch Reichsgetreidestelle		40 %

So kommt man zu dem Schluß, daß die Umlage in volkswirtschaftlicher Hinsicht doch nicht so zweckmäßig ist, wie oft angenommen wird. Entschieden man sich, die Umlage im kommenden Wirtschaftsjahr fallen zu lassen, so würde damit den Landwirten ein größerer Bezug von künstlichen Düngemitteln als bisher möglich gemacht werden. Das hätte dann eine größere inländische Produktion, folglich eine Verminderung der ausländischen Einfuhr zur Folge. Und das wieder bedeutet eine Verbesserung der deutschen Wirtschaftslage, wirkt also der fortschreitenden Geldentwertung entgegen. Der Verzicht auf die Umlage, welcher beim ersten Blick auf eine Verschlechterung des Geldwertes hinwegwinken scheint, trägt auf die Dauer zu einer Besserung des Geldes bei, denn er fördert die Produktion. Der Brotpreis würde zwar steigen, doch relativ nicht viel, denn es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Unterschied zwischen Wardebrot und Freibrot in Zukunft nicht sehr groß sein könnte, weil — wenn man auch den Landwirten nur einen sehr geringen Preis für das umlagefreie Getreide zubilligt — so doch die öffentliche Verwirtschaftung das Brot sehr verteuert. Will man aber die Umlage beibehalten, so muß diese zum wenigsten so angefaßt werden, daß ungerade Benachteiligungen einzelner Landwirte verhindert werden und daß ferner der Preis für Umlagegetreide einer etwaigen weiteren Geldentwertung auch im Laufe des Wirtschaftsjahres angepasst werden kann. Sonst wird eine starke Anwesenheit von künstlichen Düngemitteln bei der nächsten Bestellung unmöglich gemacht.